

30 Jahre Bundeswehr – 30 Jahre Sicherung des Friedens

Dokumente zum politischen Verständnis der Streitkräfte in der Demokratie

Die Bundeswehr besteht seit 30 Jahren. Sie hat in dieser Zeit einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, daß der Frieden für uns gewahrt bleibt, daß wir in Freiheit leben und politischem Druck widerstehen konnten. Die Bundeswehr hat unserem Land die Friedenspolitik ermöglicht, die auf der Grundlage glaubhafter Verteidigungsfähigkeit und fester Verankerung im westlichen Bündnis und in den europäischen Gemeinschaften Dialog und Ausgleich mit dem Osten sucht.

Die Entscheidungen in den frühen fünfziger Jahren für eine Wehrpflichtarmee und für das Konzept des Staatsbürgers in Uniform haben historische Bedeutung. Mehr als 5,5 Millionen Deutsche haben seit 1955 als Soldat in der Bundeswehr gedient. Die Bundeswehr ist zum integralen Bestandteil der Gesellschaft geworden und hat ihren festen Platz in unserem demokratischen Gemeinwesen gefunden.

Nachfolgend veröffentlichen wir Texte, aus denen unser politisches Verständnis der Bundeswehr deutlich wird.

Aus dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Artikel 87 a

(1) Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. Ihre zahlenmäßige Stärke und die Grundzüge ihrer Organisation müssen sich aus dem Haushaltsplan ergeben.

(2) Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zuläßt.

Artikel 26

(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

Artikel 24

(2) Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern.

Artikel 12 a

(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.

(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden.

Streitkräfte im demokratischen Staat

Vorrang der Politik

Wir stehen vor einer neuen und schweren Aufgabe. Wir müssen Streitkräfte aus dem Nichts heraus neu aufbauen, ohne jede Anknüpfung an bestehende Truppeneinheiten. Wir bauen sie zudem in einem Staat auf, der an einer kaum bewältigten Vergangenheit zu tragen hat, in einer jungen Demokratie, die um ihr Ansehen oft noch im eigenen Volk zu ringen hat.

Diese Lage bringt viele Schwierigkeiten; sie gibt uns aber auch neue Möglichkeiten. Sie erleichtert uns die Einordnung der Streitkräfte in unseren demokratischen Staat. Wir wollen Streitkräfte in der Demokratie, die sich dem Vorrang der Politik fügen. Sie sollen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit achten, die staatsbürgerlichen Grundrechte und Grundpflichten ernst nehmen und die Würde des Menschen anerkennen. Sie sollen bereit sein zur Verteidigung gegen jeden, der den Frieden bricht.

Nach diesen Grundsätzen wird die Bundesregierung die zukünftigen Streitkräfte als einen Teil der Exekutive aufbauen. Die Armee darf kein Staat im Staate sein. Die zivile Leitung muß den Vorrang der Politik sichern. Die parlamentarische Kontrolle soll stärker durchgeführt werden, als das früher in Deutschland der Fall war. Der Soldat soll von allen Aufgaben frei bleiben, die auch von zivilen Bediensteten durchgeführt werden können.

Die Bundesregierung hat seit langem ihr besonderes Augenmerk auf die Gestaltung des inneren Gefüges der neuen Streitkräfte gerichtet. Sie hat es sich hierbei zur Richtschnur gemacht, die Freiheit des Staatsbürgers im

militärischen Bereich nicht mehr einzuengen, als es die soldatische Aufgabe unbedingt verlangt.

Die Sicherung der Freiheit und Unabhängigkeit eines Volkes ist zu allen Zeiten und in allen Ländern der Erde eine lebenswichtige, staatspolitische Notwendigkeit gewesen. Soldaten, deren Aufgabe es ist, die Gemeinschaft zu schützen, tragen ihren Wert und ihre Würde in sich. Je mehr sie dieser Gemeinschaft verbunden sind, desto weniger werden die Soldaten sich besser dünken als ihre Mitbürger. Sie sind aber auch gewiß nicht weniger wert! Die Soldaten haben bei pflichtgemäßer Erfüllung ihres Berufes, der genau so ehrenwert und notwendig ist wie andere Berufe, Anspruch darauf, in gleicher Weise geachtet zu werden. Dann wird es für sie um so leichter zur Selbstverständlichkeit werden, daß sie Gehorsam und Treue nicht nur ihren militärischen Vorgesetzten, sondern auch den zivilen Repräsentanten des Staates schulden, den zu schützen sie übernommen haben.

(Bundesminister für Verteidigung Theodor Blank, Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 27. Juni 1955)

Der Auftrag:

Soldaten der neuen Streitkräfte!

Es ist mir eine Freude, am heutigen Tage zu Ihnen zu sprechen. Nach Überwindung großer Schwierigkeiten sind Sie die ersten Soldaten der neuen deutschen Streitkräfte geworden. Das deutsche Volk sieht in Ihnen die lebendige Verkörperung seines Willens, seinen Teil beizutragen zur Verteidigung der Gemeinschaft freier Völker, der es heute wieder mit gleichen Rechten und Pflichten wie die anderen angehört. Dieser unser Beitrag und die enge Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten, ohne die eine Verhütung eines Angriffes und eine wirksame Verteidigung unserer Heimat nicht denkbar ist, bedeutet für uns eine vertragliche Verpflichtung, sie ist uns eine Herzenssache.

Einziges Ziel der deutschen Wiederbewaffnung ist es, zur Erhaltung des Friedens beizutragen. Wir werden dieses Ziel erreicht haben, wenn die gemeinsame potentielle Abwehrkraft der Verbündeten zu jedem Zeitpunkt ein zu großes Risiko für jeden möglichen Angreifer bedeutet. In einer solchen militärischen Stärke, die lediglich für unsere Verteidigung ausreicht, kann niemand eine Bedrohung erblicken.

Die wachsame Bewahrung der Freiheit ist eine gemeinsame Aufgabe aller Staatsbürger. Sie beginnt bereits im persönlichen Bereich und muß unser gesamtes staatliches Leben durchziehen. Denn auch von innen her ist die Freiheit stets durch mancherlei Gegenkräfte bedroht. Moralische und soziale Bemühungen müssen mit dem militärischen Verteidigungsbeitrag Hand in Hand gehen.

Ihnen als Soldaten ist der Schutz dieser Lebensordnung gegen Angriffe von außen her aufgegeben. Dieser Auftrag ist Ihnen vom Parlament und

Regierung namens des Volkes gestellt. Sie werden Ihre Aufgabe nur erfüllen können, wenn Sie vom Vertrauen des Volkes getragen sind. Die Einordnung von Streitkräften in das Staatsgefüge nach mehr als zehnjähriger Unterbrechung ist eine Bewährungsprobe für unsere Demokratie, die den guten Willen und die Bereitschaft aller positiven Kräfte erfordert. Die Öffentlichkeit wird diese Einordnung mit starker innerer Anteilnahme begleiten.

In der heutigen Zeit ist es nicht der Soldat allein, der die Last und die Gefahr eines möglichen Krieges zu tragen hat. Wert und Berechtigung erhalten die Streitkräfte durch ihre Aufgabe, sich schon im Frieden den Leistungen und Entbehrungen eines Krieges stets gewachsen zu zeigen. Gerade dadurch, durch ihre ständige Abwehrbereitschaft, sollen sie das Grauen eines Krieges verhüten. Der Soldat darf und will deshalb nicht mehr, aber auch nicht weniger sein als jeder andere Staatsbürger, der eine Funktion im Dienste der Gemeinschaft zu erfüllen hat.

(Ansprache von Bundeskanzler Konrad Adenauer vor der ersten Einheit der Bundeswehr in Andernach am 20. Januar 1956)

Sicherung des Friedens

Ohne die Bundeswehr hätte es für uns nicht über dreißig Jahre Frieden gegeben. Und ohne die Bundeswehr gibt es auch in der Zukunft keinen Frieden. Wer für Frieden in Freiheit steht, braucht sich nicht zu verstecken. Der Dienst in der Bundeswehr ist Friedensdienst und damit Ehrendienst.

Ein Volk, das nicht zur Verteidigung entschlossen ist, verspielt mit der Freiheit auch den Frieden. Wir alle müssen uns mehr als bisher anstrengen, vor allem die jungen Bürger vom Sinn der Verteidigung und der Bundeswehr zu überzeugen.

Die allgemeine Wehrpflicht ist für unsere Verteidigung unerlässlich. Theodor Heuss hat sie als das legitime Kind der Demokratie bezeichnet.

(Bundeskanzler Helmut Kohl, Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982)

Ethische Grundlagen der Verteidigung

Waffenlosigkeit provoziert Konflikte

Waffenlosigkeit ist kein Mittel der Friedenssicherung. Ein waffenloser Staat gleicht einem Vakuum, das politische Interessen und Kräfte von außen geradezu ansaugt. Ein solcher Staat läuft Gefahr, Krisen und Konflikte zu provozieren, anstatt sie zu verhindern. Eine Regierung erhält ihre Handlungswirksam nach außen vertreten, wenn sie sich auf Machtmittel stützen kann, die sie davor bewahren, sich einem fremden politischen Willen unterwerfen oder politischem Druck nachgeben zu müssen.

Auch eine parlamentarische Demokratie muß deshalb über militärische Macht verfügen. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschränkt sich dabei ausdrücklich auf Maßnahmen zur Verteidigung: Die Bundeswehr ist eine Armee zur Erhaltung und zur Wiederherstellung des Friedens.

Der Christ muß zum militärischen Dienst mit der Waffe bereit sein, wenn vier Voraussetzungen gegeben sind:

- **Sein Dienst muß der Erhaltung des Friedens dienen.**
- **Der Einsatz von Streitkräften zum Kampf darf nur der Verteidigung dienen; er darf nur ein Akt staatlicher Notwehr zur Wahrung der Integrität des eigenen Territoriums und zur Erhaltung der eigenen freiheitlichen Lebensformen sein.**
- **Die einzusetzenden Mittel müssen diesem politischen Ziel entsprechen.**
- **Auch in dem Angreifer, gegen den Waffen gebraucht werden müssen, ist der Mensch in seiner Würde zu achten. Es darf kein von Haß erfülltes Feindbild geben wie es in den kommunistischen Staaten gelehrt wird.**

(Generalinspekteur a. D. Ulrich de Maiziere, Presseerklärung vom 5. Dezember 1979)

Bereitschaft zu Verhandlungen und Verträgen

Die Bergpredigt verlangt von uns, daß wir uns, in der Erkenntnis der Existenz des Unrechtes und des Bösen, selber freihalten vom Denken an Vergeltung, daß wir Konflikte friedlich lösen, die Zusammenarbeit auch mit dem Gegner anstreben und zu Verhandlungen und zu Verträgen immer bereit sind.

Ich behaupte auf dieser Basis und mit dieser Erkenntnis, daß ein Christ aus voller Überzeugung und im Geist der Bergpredigt ja sagen kann zu unserer Verteidigungspolitik, konkret auch zum NATO-Doppelbeschuß. Kein Krieg, weniger Waffen, mehr Gerechtigkeit, nach diesem Gesetz sind wir christlichen Demokraten angetreten.

CDU-Regierungen haben für die Bundesrepublik Deutschland auf Gewalt und ABC-Waffen verzichtet. Der Westen hat immer wieder erste Schritte getan. Die Vereinigten Staaten haben Anfang der 70er Jahre auf die allgemeine Wehrpflicht, später auf die Neutronenwaffe, auf den Langstreckenbomber B-1 verzichtet. Die Reaktion der Sowjetunion ist bekannt: einseitige Aufrüstung statt Entspannung. Und selbst auf die über 300 SS-20-Raketen hat der Westen nicht sofort reagiert, sondern der Sowjetunion eine Besinnungspause gegeben. Wir wollen keine Raketen, weder SS-20 noch Pershing 2; aber wir dürfen den Frieden nicht durch Schwäche unsicher machen. Weder einseitige Aufrüstung noch einseitige Abrüstung sichern den Frieden.

Ich möchte hier noch einen eindeutigen und klaren Satz sagen, weil das ab und zu so im Zwielicht gehalten wird: Wir christlichen Demokraten wollen keine militärische Überlegenheit. Wir wollen Gleichgewicht, wir wollen stark

sein, aber wir wollen keine militärische Überlegenheit. Wir wollen Abrüstung durch Verhandlungen. Und deswegen tun wir alles, wir leisten unseren Beitrag dazu, daß es einen Erfolg in Genf gibt.

(Generalsekretär Dr. Heiner Geißler, 31. Bundesparteitag der CDU am 25. Mai 1983)

Die Bundeswehr im Bündnis

Allianz als Friedensfaktor

Fundamente unserer Außenpolitik bleiben das Atlantische Bündnis und die Europäische Gemeinschaft. Die Entscheidung für das Atlantische Bündnis, für die Partnerschaft mit den USA und Kanada wird uns auch in Zukunft Frieden und Freiheit sichern. Ich stehe dafür, daß der Weg, den CDU/CSU und FDP unter Konrad Adenauer eingeschlagen haben, nicht verlassen wird. Wir sind keine Wanderer zwischen Ost und West.

Wer von ganzem Herzen für den Frieden eintritt, wer Freiheit und Menschenwürde als höchstes Gut betrachtet, wer unsere nationalen Interessen auf Dauer gesichert sehen will, der muß das westliche Bündnis stark und gesund erhalten. Die Atlantische Allianz sichert den Frieden in Europa, und sie ist ein wesentlicher Faktor der Stabilität für die ganze Welt. Kernstück der Allianz bleibt die fest verwurzelte Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

Unser Gewicht im Bündnis wird maßgeblich von unserem Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung bestimmt. Daher wird die Bundesregierung der Bundeswehr die notwendige Unterstützung und die notwendigen Mittel geben, damit sie ihren Auftrag der Friedenssicherung erfüllen kann.

Die Bundesregierung wird den Verteidigungswillen — dazu gehört auch die zivile Verteidigung — in unserem Volk wachhalten und die Bürger vom Sinn unserer Anstrengungen überzeugen.

(Bundeskanzler Helmut Kohl, Regierungserklärung vom 4. Mai 1983)

Bündnis als Wertegemeinschaft

Unsere Zugehörigkeit zum Westen beruht auf unserer Entscheidung für die Grundwerte des freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates. Sie ist endgültig und unwiderruflich. Es ist dieser geistige und humane Boden, auf dem unsere Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft und im Atlantischen Bündnis beruht.

Nur weil die Partnerschaft auf gemeinsamen Überzeugungen von Menschenrecht und freier Gesellschaft gründet, kann sie Interessen ihrer Mitglieder schützen. Unser Wille zu dieser Partnerschaft ist keine opportunistische Episode von vorübergehender Dauer und schon gar kein Gegensatz zu unserer deutschen Identität, sondern vielmehr ihr

unentbehrlicher Bestandteil. Wir haben länger als andere gebraucht und es nur unter größeren Schmerzen erreicht, zu dieser Lebensform zu kommen. Um so weniger werden wir sie je wieder preisgeben wollen.

Das Atlantische Bündnis, zu dem wir fest stehen, hat schon in den späten 60er Jahren mit dem Harmel-Bericht die Richtung gewiesen, die auch heute gilt: Verteidigung und Entspannung als untrennbarer Bestandteil unserer Politik gegenüber der Sowjetunion und ihren Verbündeten. Wir müssen und wir werden unsere Freiheit schützen. Daher lassen wir mit uns über unseren Platz im Bündnis und über seine Fähigkeit zur Verteidigung nicht verhandeln. Sicherheit ist erforderlich. Sie verlangt die Fähigkeit zum Selbstschutz auf möglichst niedrigem Niveau.

(Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker vor dem Deutschen Bundestag am 1. Juli 1984)

Bundeswehr und Gesellschaft

In die Gesellschaft integriert

Mehr als fünf Millionen Bürger haben in den 30 Jahren seit Aufstellung der Bundeswehr Dienst in den Streitkräften geleistet — als Wehrpflichtige, als Zeit- oder Berufssoldaten. Heute ist die Bundeswehr selbstverständlicher Bestandteil der Gesellschaft. Ihre Existenz und ihr politischer Auftrag, den Frieden in Freiheit zu sichern, werden von der weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung bejaht.

Die Bundeswehr arbeitet mit anderen Gruppen und Organisationen in der Gesellschaft auf vielen Gebieten des öffentlichen Lebens eng zusammen — und das keineswegs nur in Not- und Katastrophenfällen. Gerade die Zusammenarbeit, die aus gemeinsamer Verantwortung oder aus der Initiative einzelner erwächst und meist ohne öffentlichkeitswirksame Berichterstattung der Medien praktiziert wird, bestätigt den Integrationsprozeß. Für solche selbstverständliche Zusammenarbeit gibt es viele Beispiele.

In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der Soldaten, die in den Bundestag, in Land- und Kreistage sowie in kommunale Parlamente gewählt wurden, annähernd verdreifacht. Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages schreibt dazu in seinem Jahresbericht 1983: Mit diesem Vertrauensbeweis haben die Bürger deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie ohne Einschränkungen und Vorbehalte unsere Soldaten akzeptieren und ihnen gleichzeitig die nötigen Fähigkeiten und die sachliche Kompetenz zusprechen, sich nicht nur für die Angelegenheiten der Bundeswehr und der äußeren Sicherheit, sondern für alle Bereiche des öffentlichen Gemeinwohls wirkungsvoll einzusetzen.

Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft ist nicht nur ein Prozeß der geistigen Auseinandersetzung, sondern zugleich im Alltag praktizierte

Gemeinschaft, lebendiger Austausch im zugehen aufeinander und gemeinsames Handeln in der übergeordneten Verantwortung für das Gemeinwohl.

(Weißbuch 1985; Zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr)

Die Bundeswehr braucht die Zustimmung der Bevölkerung

Ich habe mich dafür zu bedanken, daß unsere Partei vor allen Dingen draußen, und zwar völlig ungesteuert, sich an die Seite der Soldaten der Bundeswehr und der Alliierten — besonders der Amerikaner — stellt. Und glauben Sie mir, das ist für die Soldaten, die einen schwierigen Dienst durchführen, mehr wert als die vielen Reden, die ich halten kann. Wir dürfen nicht zulassen, daß man unseren Soldaten ein schlechtes Gewissen einredet. Diese Soldaten tun mehr für den Frieden und unsere Freiheit, als viele von denen, die so gerne davon reden. Und das ist das Großartige, was ich überall draußen erleben darf, daß nämlich die Bevölkerung in ihrer überwältigenden Mehrheit zu dieser Bundeswehr und unseren Verbündeten steht. Lassen Sie sich bitte von den elektronischen Medien kein verzerrtes Bild über die Stimmung in unserem Volk vorsetzen. Natürlich hat eine laute Minderheit größere Chancen auf den Fernsehschirmen als die Mehrheit unserer Bevölkerung. Denken Sie an die Tage der offenen Tür, die wir in den Standorten durchführen. Da kommen an einem einzigen Tag 20 000 Besucher. Die Bevölkerung kommt, leider nicht das Fernsehen.

Wir haben überhaupt keinen Anlaß, in irgendeiner Weise zu resignieren oder mutlos zu werden. Wir können uns darauf verlassen, daß die überwältigende Mehrheit unserer Bevölkerung ein gesundes Empfinden dafür hat, daß, wenn man seine Freiheit behalten will, daß man sie dann auch schützen muß gegen eine Diktatur. Diese Grundweisheit ist noch nicht verschüttet. Wenn Sie die Leute natürlich fragen, willst du Raketen, da antworten sie das, was Sie und ich auch antworten würden, natürlich Nein. In der Demoskopie kommt das raus, was man reinschreibt. Adenauer hat seine größten Erfolge erzielt gegen die Demoskopie, und unser Volk will heute das, was es damals wollte: eine klare Führung. Diese Führung geben Helmut Kohl und seine Regierung, gibt die CDU/CSU unserem Volke, und deswegen nutzen wir völlig unabhängig von Demoskopie das, was an Bereitschaft zur Verteidigung in unserem Volk vorhanden ist. Bauen wir es aus, informieren wir, informieren wir sachlich, aber auch so, daß man merkt, daß unser Herz für diese Aufgabe schlägt, nicht weil wir Rüstungsfanatiker wären, sondern weil wir den Frieden für unser Volk bewahren wollen in der Freiheit, die unser Volk täglich erlebt.

(Bundesminister der Verteidigung Dr. Manfred Wörner, Wege zum Frieden in Freiheit; hrsg. von der CDU-Bundesgeschäftsstelle; Bonn 1983)